

## Sachverständigenanhörung 22.06.07 im Landtag – Position Landeselternrat

### **„Überführung der Schulpsychologischen Beratungsstelle in den Aufgabenbereich der Kommune“**

Deutschland ist ein schulpsychologisches Entwicklungsland, das in der Versorgung der Schulen mit Psychologen weit hinter dem internationalen Standard zurückliegt. Die Bund-Länder-Kommission hat sich bereits 1974, zu einer Zeit, als die Probleme in der Schulen noch überschaubar waren, ein Versorgungsziel von 1 Schulpsychologen : 5.000 Schüler gesteckt. Sie sehen auf der Folie, wo wir stehen! *Anlage*

Der Landeselternrat ist ein entschiedener Gegner der Kommunalisierung des Schulpsychologischen Beratungsdienstes.

Wenn an einer Schule schon keine Schulpsychologen direkt arbeiten, so gehören sie auf gar keinen Fall in getrennte Zuständigkeiten von Landkreisen, kreisfreien Städten und Bildungsagenturen.

Anders könnte man es nur betrachten, wenn die Schulaufsicht komplett kommunalisiert und die Trennung zwischen Schulträger und mittlerer Schulaufsicht aufgelöst würde.

Auf das gesamte Aufgabenspektrum sind meine Vorredner bereits eingegangen, sodass ich das nicht wiederholen möchte.

Die Schulaufsicht – und die Schulpsychologen sind ein Teil von ihr – ist zum einen Kontrollorgan der Schulen aber, was für die dringend notwendige Entwicklung von Schule noch viel wichtiger ist, die Schulaufsicht ist das wichtigste Unterstützungssystem der Schulen überhaupt. Dort konzentriert sich Innovationskraft, Fortbildung, Organisations- und Personalentwicklung, gegenseitiger Austausch und Vernetzung.

In verschiedenen Diskussionen mit dem Kultusminister haben wir immer wieder die gleichmäßige Qualitätsentwicklung aller Schulen angemahnt. Es ist relativ einfach eine einzelne Schule als Leuchtturm zu entwickeln und herauszustellen, aber es ist eine Herkulesaufgabe alle Schulen, besonders die, die in Schwierigkeiten sind - und welche ist das nicht - zu erreichen. Dafür ist die Schulaufsicht verantwortlich und - besonders das neu geschaffene Referat 42 in den regionalen Bildungsagenturen, das verschiedene Experten, wie die Schulpsychologen, Prozessmoderatoren, Trainer für Unterrichtsentwicklung und Demokratiepädagogen zusammenführt.

Warum also nicht den Schulpsychologischen Beratungsdienst dort lassen? –

Es ist schon merkwürdig: Hinter vorgehaltener Hand schütteln alle, die etwas von Schule verstehen, über diese Entscheidung den Kopf, trauen sich aber nicht, diese öffentlich zu kritisieren und zu revidieren. Warum eigentlich nicht?

Schulpsychologen moderieren und beraten, helfen bei der Überwindung von Widerständen und Ängsten und nehmen eine Schlüsselrolle innerhalb der Unterstützungssysteme ein.

Beratung und Entwicklung von Personen und im System gelingen nur dann effizient, wenn sich innerhalb eines Unterstützungssystems die jeweiligen Experten gegenseitig ergänzen und Hand in Hand arbeiten. Besonders hilfreich sind persönliche Spezialisierungen, auf die das gesamte Team bei Bedarf zurückgreifen kann und dadurch eine ideale Beratungseinheit bildet. Dass ist genau das, was Schulen so dringend benötigen, besonders die beratungsresistenten.

Dass gerade diese Chance, ein System in Sachsen zu optimieren, leichtfertig vergeben wird, wird nur dem bewusst, der sich in den Unterstützungssystemen auskennt und deren hervorragende Arbeit erlebt hat.

Selbst Teile der Schulaufsicht besitzen durch den fehlenden Einblick kein Verständnis für den Nutzen der Unterstützungssysteme und können diese deshalb nicht wertschätzen.

Nur so lässt sich erklären, dass man im Ringen um Stellen und Zuständigkeiten zu diesem „Bauernopfer Schulpsychologie“ bereit war, ---- offenbar in der Angst, andernfalls an anderen Stellen bei der Funktionalreform Federn lassen zu müssen.

Warum gehen wir überhaupt so leichtfertig mit den Schulpsychologen um?

- In Wirklichkeit will kaum einer etwas mit ihnen zu tun haben, solange ihm nicht das Wasser bis zum Hals steht.
- Der, der ihn länger braucht, wird schnell stigmatisiert.
- Psychologen haben in der Gesellschaft eine relativ geringe Anerkennung.
- Daraus erklärt sich die fehlende Wertschätzung vieler Entscheidungsträger,
- Erschwerend kommt hinzu, dass viele Erwachsene, - besonders Lehrer -, glauben, aus dem Bauch heraus hobbypsychologisch beraten zu können.

Warum leisten wir uns überhaupt Schulpsychologen?

Würde es nicht der Psychologe um die Ecke auch tun?

Die Familien, „das Dorf“, die Kirchen haben als Ort der Sozialisation und moralischen Orientierung immer mehr an Kraft verloren. Schulen müssen, ob wir das wollen oder nicht, dieses Vakuum zunehmend füllen.

Mobbingfälle, zunehmende psychische und psychosomatische Störungen bei Schülern und Lehrern, ja inzwischen sogar Schulmassaker und Bombendrohungen sind Ausdruck der inneren Verfasstheit der Schulen und haben bisher kein konsequentes Umdenken bewirkt.

Die Zahl der Krisenintervention steigt auch in Sachsen, ohne dass es zu einer personellen Aufstockung gekommen wäre.

Warum nicht?

Kultusminister Rößler war damals sehr gut beraten, als er den Schulpsychologischen Beratungsdienst in die Schulaufsicht überführte. So haben Schulpsychologen in den letzten Jahren zu Schülern, Eltern, Lehrern und Schulen Vertrauen und Kontinuität aufgebaut werden.

Ihre Spezialisierung, z. B. bei Teilleistungsschwächen, die Fortbildungen, besonders für Beratungslehrer, sind Teil ihrer Qualitätsentwicklung.

Schulpsychologische Unterstützung und Beratung für alle an Schule Beteiligten wurde so immer stärker zum selbstverständlichen, akzeptierten Bestandteil von Schulentwicklung.

Lange Wartezeiten zeigen den wirklichen Bedarf an Beratung und Stellen.

Wollen wir zukünftig tatsächlich vorrangig eine schülerzentrierte Beratung, wie es der Sächsische Städte- und Gemeindegtag in seinem Antwortschreiben an den Landeselternrat geschrieben hat?

Die Verwaltungsvorschrift „Schulpsychologische Beratung vom 06.08.1999“, die die Aufgaben des Schulpsychologischen Beratungsdienstes unter drittens sehr intensiv beschreibt, geht weit über eine vorwiegend schülerzentrierte Beratung hinaus.

Noch beraten Schulpsychologen zum einen schülerzentriert zum anderen aber system- oder schulzentriert.

Noch beraten und moderieren Schulpsychologen als Teil der Schulaufsicht im Interessensausgleich und bei Konflikten.

Wenn wir diese angekündigte Aufgabeneingrenzung jedoch zulassen, dann wird sich die Tätigkeit der Schulpsychologen einseitig zu Gunsten der Eltern und Schüler verschieben und die Schule und Lehrer schwächen.

Uns Eltern beschäftigt besonders die Frage, mit welcher Verbindlichkeit Schulpsychologen Schulen zukünftig beraten?

Aus der Schulaufsicht heraus ist das Verhältnis eindeutig!

Dabei geht es um den leider - auch manchmal notwendigen Schutz des Schülers - vor einem Lehrer, ein schulisches Tabuthema, dass aber den Schulpsychologen nicht fremd ist und nur innerhalb der Schulaufsicht in klaren Hierarchien bearbeitet werden kann.

Auch datenschutzrechtliche Bedenken der Eltern müssen im Einzelnen und in der Gesamtheit ernst genommen werden und führen zukünftig zu zusätzlichen Hürden und Problemen.

Das kann nicht in unserem gemeinsamen Interesse liegen!

Erschreckend ist in der Antwort des Städte- und Gemeindegtages, dass die Kommunen zwar die Stellen des Schulpsychologischen Beratungsdienstes übernehmen, sich aber für dessen personellen Ausbau und weitere qualitative Entwicklung nicht zuständig fühlen oder nur dann, wenn sie es zusätzlich vom Land bezahlt bekommen.

Schauen wir uns an, wie schwierig in der Praxis die Unterstützung der Schulen mit den dort dringend benötigten Sozialarbeitern ist?

Keiner stellt in der Gesellschaft mehr die Notwendigkeit sozialpädagogischer und psychologischer Betreuung in den Schulen von heute in Frage. Alle fordern sie!

Der Einsatz von Sozialpädagogen liegt in der Zuständigkeit der Landkreise und ist eine freiwillige Leistung. Es ist ein absoluter Glücksfall, wenn Schulen über einen eigenen Sozialarbeiter verfügen

Kompliziert gestaltet sich oft die Zusammenarbeit der Kreise und Jugendämter mit Schulen durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten und dem unterschiedlichen Kooperationsverständnis.

Wie schwierig ist es, wenn unterschiedliche Verantwortlichkeiten, Bedürfnisse und Wünsche aufeinander treffen und Finanzierungen erforderlich sind? Dies erleben wir Eltern ganz hautnah bei der Schulnetzplanung und anderen gemeinsamen Förderungen.

Auch Ganztagsangebot werden von vielen Kreisen und Kommunen mangels Geld und Verständnis für die Sache nicht unterstützt, obwohl sich dabei beste Schulentwicklung, Jugend- und Präventionsarbeit sowie Qualitätsentwicklung realisieren ließe.

Landkreise und kreisfreie Städte sind in finanzieller Not und verschieben Lasten und Probleme auf die nachsorgenden Sozial- und Rechtssysteme.

Oft fehlt das Verständnis für eine adäquate sächliche Ausstattung für Schulen. Das fängt bereits bei der Bereitstellung von Toilettenpapier, Seife und Handtüchern an, findet seine Fortsetzung bei der Reduzierung von Hausmeisterstellen, Reinigungsdiensten und endet bei der Einsparung von Bürofachkräften.

Wir Eltern sind aus diesen vielen Vor-Ort-Erfahrungen in unseren Kreisen davon überzeugt, dass inhaltliche Aufgaben und Qualitätsentwicklung nur bei wenigen in guten Händen sind.

#### **Als Fazit bleibt:**

Jede Schnittstelle bedeutet Verluste, die unvermeidbar sind. Deshalb versucht man in der Technik deren Zahl so gering wie möglich zu halten. Der Schulpsychologischen Beratungsdienst in der Dienstaufsicht der Kommune und Fachaufsicht der Bildungsagentur ist eine solche überflüssige Schnittstelle.

Schulpsychologen gehören eindeutig in die Schulaufsicht und dort in das neue Referat 22 „Unterstützungssysteme“.

(Gisela Grüneisen)